



Landkreis Cuxhaven
Der Landrat

Niederschrift

Gremium: Umweltausschuss
Sitzungs-Nr.: 009 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 09.03.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 14.30 Uhr **Ende:** 16.50 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:		Seite:
1	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	5
2	Genehmigung der Niederschrift über die achte öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 25.11.2003	5
3	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes - Hausmüllanalyse - Sitzungsvorlage Nr. 63/2004	5
4	Grünabfallsammlung und –verwertung -öffentliche Ausschreibung Sitzungsvorlage Nr. 62/2004	5
5	Wartungsintervalle bei Kleinkläranlagen hier: Sachstandsbericht Sitzungsvorlage Nr. 67/2004	6
6	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie – FFH-RL - hier: Zwischenbericht Sitzungsvorlage Nr. 68/2004	7
7	Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten hier: Sachstandsbericht Sitzungsvorlage Nr. 66/2004	7
8	Sachstandsbericht zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in Niedersachsen Sitzungsvorlage Nr. 60/2004	8
9	Mitteilungen und Anfragen	
9.1	Broschüre: Hecken und Bäume	9
9.2	Ablagerung PAK-belasteten Bodenmaterials	9
9.3	Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes	9
10	Einwohnerfragestunde	
10.1	Ausgleichsmaßnahmen CT IV	10
10.2	Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen	10
10.3	Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen	10
10.4	Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen	10

- Nichtöffentlicher Teil -

11	Änderung des Verbrennungsvertrages mit der Bremerhavener Entsorgungsgesellschaft mbH hier: Sachstandsbericht Sitzungsvorlage Nr. 61/2004	11
12	Mitteilungen und Anfragen	
	12.1 Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen	11

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt Vorsitzender
Kreistagsabgeordnete Böckenkamp, Otterndorf bis TOP 10
Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel ab TOP 5
Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
Kreistagsabgeordneter Lutz, Wremen
für den verhinderten Abg. Dubbert
Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
für die verhinderte Abg. Frau Krause-Behrens
Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven bis TOP 8
Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt
Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Georg Haar, Seestraße 21, 21776 Wanna
Änne Meyer, Hahnenbergsweg 8, 27616 Bokel

Von der Verwaltung:

KR Jochimsen
BD Wortmeyer
Dipl.-Ing. Rusch
KA Haude, zugleich Protokollführer
KAR Buchholz ab TOP 9
BAR Modersitzki bis TOP 5
Dipl.-Ing. 'in Norda zu TOP 5 bis 7

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordneter Dubbert, Hechthausen
Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Er wies weiter darauf hin, dass ein Beschluss sowie die inhaltliche Diskussion über die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes -Hausmüllanalyse- (Punkt 3) entfallen müsse, da das Gutachten derzeit nicht in der Gänze vorliege.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die achte. öffentliche Sitzung des Umweltausschusses am 25.11.2003

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die achte öffentliche Sitzung des Umweltausschusses des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 25.11.2003 wird genehmigt.

**Punkt 3: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Hausmüllanalyse -
Sitzungsvorlage Nr. 63/2004**

KR Jochimsen erläuterte, dass das Abfallwirtschaftskonzept Ende 2003 ausgelaufen und nunmehr fortzuschreiben sei. Er regte an, im Vorfeld der Fortschreibung eine Arbeitsgruppe, in der auch Vertreter der Entsorgungsfirmen teilnehmen sollten, zu bilden. Die Arbeitsgruppe könnte sich aus je zwei Vertretern der „CDU/FDP/Bürgerfraktion-Gruppe“ und der SPD-Fraktion sowie einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/GRÜNE zusammensetzen. Wenn so verfahren werden sollte, wären in der nächsten Zeit entsprechende Vertreter zu benennen.

Der Umweltausschuss nahm zustimmend Kenntnis.

**Punkt 4: Grünabfallsammlung und -verwertung
-öffentliche Ausschreibung
Sitzungsvorlage Nr. 62/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 4 der Tagesordnung.

KR Jochimsen erläuterte, dass die Maschinenringe Land Hadeln e. V. und Wesermünde-Osterholz e. V. derzeit mit der Grünabfallsammlung und -verwertung beauftragt seien. Der nach seinerzeitiger öffentlicher Ausschreibung abgeschlossene Vertrag sei abgelaufen. Gemäß Ziff. 6.6.1 der Abfallwirtschaftskonzeptes sei die Leistung für die Zukunft erneut auszuschreiben. Wegen der Überschreitung des Schwellenwertes von 200.000,00 € müsse diese europaweit erfolgen. Derzeit sei vorgesehen, eine 2 x jährliche kreisweite Grünabfallsammlung und den Betrieb von 13 mobilen Annahmestellen für eine Vertragsdauer von zwei Jahren auszuschreiben. Die Befristung auf zunächst zwei Jahre sei gewählt worden, um mögliche Änderungen im neuen Abfallwirtschaftskonzept umsetzen zu können.

Abg. Lutz zeigte sich erstaunt darüber, dass eine europaweite Ausschreibung erfolgen müsse. Nach seiner Auffassung sei es sinnvoll, die in den Maschinenringen tätigen Landwirte gerade wegen ihrer jetzigen angespannten finanziellen Lage zu unterstützen.

KR Jochimsen entgegnete, dass die Unterstützung der Landwirte durch die Vergabe an die Maschinenringe ein durchaus sinnvoller Sekundäreffekt sei. Die derzeit gültige Rechtslage sehe aber dieses Ausschreibungsverfahren vor. Im Übrigen sei fraglich, ob sich bei der Befristung auf zwei Jahre und der Einrichtung von 13 mobilen Annahmestellen auch andere Anbieter dem Wettbewerb stellen würden.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Sachstand wird zu Kenntnis genommen.

Punkt 5: Wartungsintervalle bei Kleinkläranlagen
hier: Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 67/2004

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 5 der Tagesordnung.

BD Wortmeyer erläuterte einleitend, dass die Verordnung über Anforderungen über das Einleiten von Abwasser in Gewässer im August 2002 geändert worden sei. Nunmehr dürften ausschließlich Kleinkläranlagen mit Bauartzulassung sowie Pflanzenkläranlagen, die dem ATV-Arbeitsblatt A 262 entsprechen, eingebaut werden. In den Bauartzulassungen sei auch die Wartung der Kleinkläranlagen verbindlich geregelt. Bestehende Anlagen ohne Bauartzulassung könnten aus Gründen des Bestandsschutzes bis zu 15 Jahre nach ihrer Errichtung weiter genutzt werden. Die gemeindlichen Abwasserbeseitigungssatzungen für Kleinkläranlagen und die wasserrechtlichen Einleitungserlaubnisse für diese Anlagen sähen in der Regel eine weniger häufigere Wartung als die Bauartzulassungen vor. Damit würde den Grundstücksnutzern mit den technisch besseren Anlagentypen ein höherer Wartungsaufwand auferlegt als denen mit schlechteren Anlagentypen. Das würde vom Bürger zu Recht als ungerecht empfunden und sei auch fachlich nicht nachvollziehbar. Der Landkreis werde deshalb beim Land mit dem Ziel initiativ werden, die Wartungshäufigkeit der bauartzugelassenen Kleinkläranlagen zu verringern.

BAR Modersitzki erläuterte anhand einer PowerPoint-Präsentation rückwirkend die Entwicklung der Wartungspflichten für die Anlagenbetreiber. In den Jahren seit 1992 sei durchschnittlich eine einmal jährliche Wartung vorgesehen gewesen.

Auf Nachfrage von Herrn Abg. Lutz erläuterte BAR Modersitzki, dass die damaligen Wartungsintervalle auf Landesebene nicht verbindlich festgeschrieben worden seien. Es habe sich lediglich um eine landesweite Empfehlung gehandelt.

Durch die Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes im Jahre 1995 sei für Bauteile von Kleinkläranlagen ein Prüfzeichen vorgeschrieben worden. Dieses Prüfzeichen habe jedoch keine Prüfung der Reinigungsleistung beinhaltet. Die Verordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten und Bauarten durch Nachweis nach der Niedersächsischen Bauordnung vom 25.02.1999 habe die untere Wasserbehörde dazu veranlasst, keine Prüfungen von Anlagen mehr vorzunehmen, sondern lediglich Feststellungen, ob der beantragte Typ zugelassen sei und Anlagengröße und Zahl der angeschlossenen Bewohner übereinstimme.

Die Bauartzulassungen würden für jedes Bauprodukt festlegen, welche wiederkehrenden Kontrollen durch den Betreiber und welche Wartung durch Fachbetriebe zu erfolgen habe. Im Zuge dieser Wartung seien auch Untersuchungen des Abwassers notwendig.

BAR Modersitzki berichtete weiter über die Anzahl der vorhandenen Kläranlagen in der Stadt Langen, der Gemeinde Schiffdorf sowie den Samtgemeinden sowie den Bedarf an notwendigen Anpassungen der Abwasserbeseitigungssatzungen. Dabei wies er auf die jeweils durch Satzung festgeschriebenen unterschiedlichen Wartungsintervalle hin.

KR Jochimsen machte deutlich, dass die derzeitige Situation mit unterschiedlichen Wartungsintervallen zwischen den gut funktionierenden Neuanlagen und den Altanlagen unbefriedigend sei. Man beabsichtige daher an die obere Wasserbehörde heranzutreten und für die Neuanlagen eine Verkürzung der Wartungsintervalle auf zwei Wartungen/Jahr zu erreichen.

BD Wortmeyer ergänzte, dass auch die gemeindlichen Bauamtsleiter eine Harmonisierung auf ein vernünftiges Maß anstrebten. Dabei solle es aus seiner Sicht bei den technisch einfachen Altanlagen ohne Steuertechnik und Pumptechnik wie z. B. Verrieselung und Sandfiltergraben bei der bisherigen Wartung einmal jährlich bleiben, weil eine häufigere Wartung keinen Sinn mache.

Die Frage des Abg. Lutz, ob die Gemeinden Spielraum bei der Festlegung der Wartungsintervalle hätten, verneinte KR Jochimsen im Hinblick auf die bauartzugelassenen Anlagen.

Abg. Saul erkundigte sich danach, ob der chemische Sauerstoffbedarf (CSB) oder der BSB₅ bei den Untersuchungen zu messen sei. KR Jochimsen stellte fest, dass grundsätzlich der BSB₅-Wert zu ermitteln sei, bei jeder zweiten Wartung könne jedoch alternativ der CSB-Wert (entgegen der Bauartzulassung) festgestellt werden. BD Wortmeyer wies darauf hin, dass die CSB- und BSB₅-Werte in einem gewissen Verhältnis zueinander stünden.

Nach abschließender Diskussion an der sich der Vorsitzende, die Abg. Guthahn, Tönjes und Wrede sowie BD Wortmeyer beteiligten, beschloss der Umweltausschuss einstimmig:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 6: Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie – FFH-RL -
hier: Zwischenbericht
Sitzungsvorlage Nr. 68/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Dipl.-Ing. Rusch erläuterte, dass das Umweltministerium mit Hochdruck an der erforderlichen Vorlage für die Kabinettsbefassung arbeite. Entgegen zwischenzeitlicher Planungen berate das Kabinett jedoch erst am 16. März über eine mögliche Erweiterung der FFH-Gebietskulisse. Unmittelbar im Anschluss daran sei geplant, die notwendigen Daten auf CD zu brennen und im Internet zu veröffentlichen. Die Öffentlichkeit werde durch eine Auftaktveranstaltung in Hannover sowie drei Regionalveranstaltungen in Lüneburg, Oldenburg und Braunschweig, die möglicherweise noch Ende März stattfänden, unterrichtet.

Nach allem, was bisher zu hören war, sei für den Landkreis Cuxhaven mit 5 bis 9 Nachmeldegebieten zu rechnen, diese könnten sich an Gewässerstrukturen, Waldbereichen und Moorbereichen orientieren. Konkrete Abgrenzungsbereiche seien nicht bekannt. Auf Landesebene sei mit ca. 205 Nachmeldegebieten zu rechnen.

Abg. Frau Schlüter wies auf eine freiwillige Naturschutzmaßnahme der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein hin, bei der Nistplätze für Trauerseeschwalben zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund der Freiwilligkeit der Maßnahme habe die Landesregierung zunächst zugesichert, keine hoheitlichen Maßnahmen zu ergreifen. Nunmehr sei jedoch vorgesehen, in diesem Gebiet ein EU-Vogelschutzgebiet auszuweisen.

Auf die Frage des Abg. Tönjes, ob die Geeste-Niederung betroffen sei, erwiderte Dipl.-Ing. Rusch, dass er beabsichtige für diesen Fall frühzeitig mit den betroffenen Landwirten Kontakt aufzunehmen. Der Vorsitzende teilte auf die Frage von Frau Meyer mit, dass der bisherige Natura 2000-Flächenanteil auf Bundesebene 6,7%, auf Landesebene 6% und im Landkreis Cuxhaven 5% betrage.

Abg. Tönjes wies darauf hin, dass viele landwirtschaftliche Betriebe in der nächsten Zeit ihre Flächen nicht mehr bewirtschaften könnten. Dipl.-Ing. Rusch erläuterte, dass dies auch zu einem Problem für den Naturschutz werden könne.

Der Vorsitzende berichtete, dass es Vorgabe des Bundesnaturschutzgesetzes sei, mind. 10% der Landesfläche in einen Biotopverbund einzubringen. Nach seiner Auffassung sei es auch Aufgabe der unteren Naturschutzbehörde dies zu verwirklichen. KR Jochimsen erwiderte, dass aus seiner Sicht der Biotopverbund kein großes Problem darstelle, da im Landkreis Cuxhaven viele Naturschutzgebiete und viel schützenswerte Landschaft vorhanden sei. Auch die Meldung als FFH-Gebiet bedeute nicht, dass keine Landwirtschaft mehr durchgeführt werden dürfe. Landwirtschaftliche Nutzung sei in vielen Fällen gewollt und erwünscht, sie fördere den Naturschutz.

Abg. Frau Schlüter merkte an, dass die Meldung als Natura 2000-Gebiet dazu führen könne, dass für die Kreditinstitute keine ausreichenden Sicherheiten mehr zu Verfügung gestellt werden können. Sie befürchte eine Entwertung des Landes.

Nach abschließender Diskussion an der sich Abg. Frau Goede sowie die Abg. Guthahn, Tönjes und Wrede beteiligten, beschloss der Unterausschuss einstimmig:

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 7: Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten
hier: Sachstandsbericht
Sitzungsvorlage Nr. 66/2004**

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Dipl.-Ing.'in Norda berichtete anhand einer PowerPoint-Präsentation zunächst von den Pflegemaßnahmen der zurückliegenden 10 Jahre im Ahlen-Falkenberger Moor. Sie wies darauf hin, dass in dieser Zeit mit Mitteln des Landes Niedersachsen in Höhe von 400.000,00 € insgesamt 450 ha Hochmoor wiedervernässt wurden. Ziel sei es, eine 100%ige Torfmoosbildung, eingestreut mit Wollgräsern und Moosbeeren, zu erreichen. Begrüßenswert sei, dass der Kranich bereits erfolgreich in diesem Gebiet brüte.

Das Naturschutzgebiet Wanhödener Moor sei in den vergangenen 4 Jahren mit 34.000,00 € Landesmitteln erfolgreich wiedervernässt worden. Die frühzeitige Einbindung von Privateigentümern, Gemeinde sowie Me-

demverband habe wesentlich zur erfolgreichen Umsetzung beigetragen. Besonders begrüßenswert sei dabei, dass ein Verbandsgewässer sowie eine Privatfläche innerhalb des Schutzgebietes in die Wiedervernässungsmaßnahmen mit eingebunden werden konnten. Auch in diesem Schutzgebiet sei bereits eine erfolgreiche Kranichbrut zu beobachten.

Bei den Hahnenknooper Mooren handele es sich um drei Schutzgebiete, die in ihren Kernbereichen seit 1999 bis auf wenige Hektar nahezu vollständig wiedervernässt wurden. Für eine Wiedervernässungsfläche von ca. 300 ha seien 125.000,00 € Landesmittel investiert worden. Das Torfmooswachstum habe seit Beginn der Maßnahmen erstaunliche Zuwächse verzeichnet.

Weiter führte Frau Norda aus, dass im Ahlen-Falkenberger Moor ca. 48 ha Hochmoorgrünland gepflegt würden. Mit den örtlichen Landwirten gäbe es eine gute Kooperation. Mit Unterstützung der seit März vergangenen Jahres neu aufgestellten Landschaftspflegegruppe sei es darüber hinaus gelungen, auf vielen kreisförmigen Flächen alte Weidezäune zu entfernen und neue Einfriedungen herzurichten. Darüber hinaus seien mit Zustimmung der jeweiligen Eigentümer private Flächen in Naturschutzgebieten „aufgeräumt“ worden, indem standortfremde Gehölze, Zäune und Müll beseitigt wurden.

Auf die Frage des Abg. Schütt, ob die Mitglieder der Landschaftspflegegruppe selbständig arbeiteten und sich an die arbeitsvertraglichen Bindungen hielten, teilte Dipl.-Ing. 'in Norda mit, dass sie dies nach anfänglichen „Startschwierigkeiten“ bestätigen könne. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Mitarbeiter der Landschaftspflegegruppe zum Teil über mehrere Jahre arbeitslos gewesen seien und sich zunächst wieder an den Rhythmus im Arbeitsleben gewöhnen mussten.

Der Umweltausschuss beschloss einstimmig:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Sachstandsbericht zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in Niedersachsen Sitzungsvorlage Nr. 60/2004

Der Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrates zu Punkt 8 der Tagesordnung.

BD Wortmeyer erläuterte, dass es Ziel der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sei, die bisher durch 30 Einzelrichtlinien gekennzeichnete Europäische Wasserpolitik in einen einheitlichen Ordnungsrahmen zu fassen. Die Richtlinie gelte für Fließgewässer und Seen, Übergangsgewässer, Küstengewässer sowie das Grundwasser. Die Richtlinie lege fest, dass bestimmte Umweltziele (grundsätzlich der gute Zustand der Gewässer) innerhalb anspruchsvoller Fristen, möglichst bis 2015, erreicht werden sollen. Eine max. zweimalige Verlängerung um jeweils 6 Jahre sei denkbar.

BD Wortmeyer erläuterte weiter, dass es innerhalb des Landkreises Cuxhaven drei Bearbeitungsgebiete für Oberflächengewässer gebe, und zwar für die Oste (Bearbeitungsgebiet 30), für die untere Elbe (Bearbeitungsgebiet 31) sowie für die Unterweser (Bearbeitungsgebiet 26). Für die erstgenannten sei die Bezirksregierung Lüneburg zuständig, das Bearbeitungsgebiet Unterweser würde von der Bezirksregierung Weser-Ems betreut. Innerhalb des Regierungsbezirkes Lüneburg habe es durch regelmäßige Beteiligungen der unteren Wasserbehörde einen guten Erfahrungsaustausch gegeben. Mit der Bezirksregierung Weser-Ems habe es bisher keinen Kontakt gegeben.

Kürzlich seien auf Regionalveranstaltungen in Lüneburg und Oldenburg die vorläufige Bestandsaufnahme dargestellt worden. Als Erstbewertung könne festgestellt werden, dass der chemische Zustand der Gewässer zwar im Wesentlichen gut bis befriedigend sei. Der ökologische Zustand im Sinne der EU-Bewertung sei bei den meisten Wasserkörpern aber als nicht sehr günstig festgestellt worden und deshalb ab 2006 einer weitergehenden Überprüfung zu unterziehen (Monitoring).

Die zu betrachtenden Grundwasserkörper seien durch weitere Unterteilung hydrologisch abgegrenzter Grundwasserbetrachtungsräume gebildet. So umfasse der Grundwasserkörper „Untere Weser rechts“ das gesamte rechte Einzugsgebiet der Weser unterhalb Bremens. Auf der Regionalveranstaltung in Oldenburg sei vorgetragen worden, dass eine auf den Stickstoffauftrag bezogene Flächenbilanz auch in diesem Grundwasserkörper zu hohe potentielle Stickstoffkonzentrationen ergeben habe, die intensive weitere Untersuchungen erforderlich mache. Abg. Wrede wies darauf hin, dass auch die Einflüsse aus der Luft erhebliche Auswirkungen auf den Zustand des Grundwasser hätten.

BD Wortmeyer erläuterte weitergehend, dass auf der Veranstaltung die Zuversicht geäußert worden sei, über die freiwilligen Kooperationen der Wasserwirtschaft mit der Landwirtschaft zu einer Verminderung der

Stickstoffeinträge zu kommen. Der mengenmäßige Zustand der Grundwasserkörper sei im Übrigen als gut bewertet worden.

Durch die in Kürze stattfindenden Gebietsforen sei nunmehr eine stärkere Einbindung der unteren Wasserbehörde zu erwarten. Wohl nicht für alle Gewässer sei ein guter ökologischer Zustand erreichbar. Beispielsweise nannte er die Marschengewässer, die es kaum in ungestörten Zustand gibt, weil sie durch Siele von der Tide weitgehend abgesperrt sind und für die Vorflutsicherung und Stauraumbildung verändert wurden. Hier ist sicherzustellen, dass diese Gewässer in die Kategorie „künstliche und erheblich veränderte Gewässer“ aufgenommen werden. Das zu erreichende Ziel ist dann das „gute ökologische Potential“, das die bisherigen o. g. Bewirtschaftungsziele weiter zulässt.

BD Wortmeyer verteilte einen Flyer des Niedersächsischen Umweltministeriums zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in Niedersachsen. Auf die dort aufgeführte Internetadresse für weitergehende Informationen zur Wasserrahmenrichtlinie wurde hingewiesen.

Abschließend erklärte er, dass die Bestimmungen der Wasserrahmenrichtlinie durch Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes nunmehr auch in Niedersächsisches Recht umgesetzt worden seien. Die Änderung führe auch zu einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Gewässerunterhaltung, zentrale Aufgabe bleibe entgegen früherer Überlegungen aber die Sicherung des Wasserabflusses. Dies sei aus seiner Sicht in unserer Region auch unverzichtbar.

Nach Diskussion, an der sich der Vorsitzende, Abg. Saul sowie BD Wortmeyer beteiligten beschloss der Umweltausschuss einstimmig:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 9: Mitteilungen und Anfragen

9.1: Broschüre: Hecken und Bäume

Dipl.-Ing. Rusch berichtete, dass die vom Naturschutzamt herausgegebene Broschüre „Hecken und Bäume“ in der Öffentlichkeit breite Zustimmung finde. Die Broschüre erfreue sich einer großen Nachfrage.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

9.2: Ablagerung PAK-belasteten Bodenmaterials

KAR Buchholz berichtete über aktuelle Ermittlungen der unteren Abfallbehörde sowie der Polizei im südlichen Landkreis Cuxhaven. Danach seien in Wersabe und Uthlede möglicherweise Böden mit schädlichen Verunreinigungen (PAK) auf landwirtschaftliche Flächen aufgebracht worden. Die Ermittlungen hätten bisher ergeben, dass die eingebrachten Böden in Wersabe unbelastet seien. Für den nach Uthlede verbrachten Boden von ca. 40 LKW-Ladungen auf einer Länge von 200 m lägen Analysen zweier Sachverständigenbüros mit unterschiedlichen Ergebnissen über die Entnahmestelle Uthlede II vor. Der Landkreis habe daher eine erneute Beprobung durch einen Dritten in Auftrag gegeben. Mit dem Gutachten werde Ende der 11. Kalenderwoche gerechnet. Für den Fall, dass der Boden tatsächlich belastet sei, wäre er als überwachungsbedürftiger Abfall einer zugelassenen Deponie zuzuführen.

Anmerkung: Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Bodenanalyse ist der Boden nicht belastet. Er kann landwirtschaftlich genutzt werden.

Auf Anfrage des Abg. Tönjes, wies KR Jochimsen darauf hin, dass unbelastete Böden als Wertstoff zu betrachten seien, die es zu verwerten gelte.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

9.3: Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes

KA Haude wies darauf hin, dass die mit Sitzungsvorlage Nr. 20/2003 vorgestellte und beabsichtigte Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes nunmehr vom Landtag beschlossen worden sei. Sie sei rückwirkend zum 01. Januar 2004 in Kraft getreten und definiere die Voraussetzungen für die Einführung von Kompensationszahlungen.

Darüber hinaus sei mit der nun beschlossenen Änderung des Naturschutzgesetzes auch der bisherige § 12

Abs. 4 gestrichen worden, der die Betreiber von nicht mehr als 5 Windkraftanlagen von den Ersatzmaßnahmen freistellte, die durch Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes hervorgerufen würden.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

Punkt 10: Einwohnerfragestunde

10.1: Ausgleichsmaßnahmen CT IV

Herr Heino Scheper, Langen erkundigte sich nach dem Sachstand für die Ausgleichsmaßnahmen für den CT IV. KR Jochimsen stellte fest, dass es keinen neuen Sachstand gebe. In den nächsten zwei Monaten werde der Planfeststellungsbeschluss erwartet. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf der Luneplate und an der Wurster Küste seien nach wie vor im Gespräch.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

10.2: Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen

Herr Köhler, Hymendorf erkundigte sich, ob ihm empfohlen werde, auf der Grundlage der unter TOP 5 beratenen Verkürzung der Abstände der Wartung der Kleinkläranlagen einen Wartungsvertrag abzuschließen. KR Jochimsen empfahl einen Zusatz in den Wartungsvertrag aufzunehmen, der die Verlängerung der Wartungsintervalle ermögliche, wenn hierzu die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen seien.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

10.3: Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen

Frau Straudle, Hymendorf erkundigte sich nach den verschiedensten Typen von Kleinkläranlagen. BD Wortmeyer erläuterte die Unterschiede und wies darauf hin, dass es sich um technische Anlagen mit biologischer Behandlungsstufe handele. KR Jochimsen führte weitergehend aus, dass der Stand der Technik ständig erhöht worden sei, weil der Gesetzgeber höhere technische Standards für die Klärung vorsehe.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

10.4: Wartungsintervalle von Kleinkläranlagen

Herr Bentz, Ortsbürgermeister aus Hymendorf wies darauf hin, dass es unklar sei, welche Wartungsintervalle einzuhalten seien. Dies habe zu Unruhe in der Öffentlichkeit geführt. Der Vorsitzende erläuterte, dass die erfolgte Abstimmung zwischen der unteren Wasserbehörde und den Gemeinden über die Bauamtsleiter der richtige Weg zur Vereinheitlichung der Wartungsintervalle sei.

Der Umweltausschuss nahm Kenntnis.

Der Vorsitzende schloss, da weitere Einwohnerfragen nicht vorlagen, um 16.30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.